



Ausschuss für Kommunalpolitik

53. Sitzung (öffentlich)

4. April 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:30 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet	6
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/4165 Ausschussprotokoll 16/475	

Der Ausschuss kommt auf Bitten der Fraktion der PIRATEN vor Eintritt in die Tagesordnung überein, diesen Gesetzentwurf von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

2 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4232

Ausschussprotokoll 16/484

Der Ausschuss kommt vor dem Hintergrund, dass im federführenden Ausschuss ein Änderungsantrag in die Beratungen einbezogen werde, überein, kein Votum abzugeben, ein entsprechendes Votum ergeht an den federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr.

3 Nutzung eines Recyclingquoten-Benchmarking zur Steigerung von Recycling-Aktivitäten in den Kommunen Nordrhein-Westfalens 8

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5033

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache zur Abstimmung und lehnt den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab; ein entsprechendes Votum ergeht an den federführenden Umweltausschuss.

4 Kosten der nordrhein-westfälischen Kommunen für Asylbewerber 9

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1759

Der Ausschuss kommt überein, das Thema nach der Sommerpause wieder aufzugreifen, wenn die Landesregierung die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt hat und Ergebnisse vorliegen.

5	Umsetzung des Konnexitätsausführungsgesetzes	15
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1777	
	Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1777 ohne Aussprache zur Kenntnis.	
6	Aktueller Stand um die Bestellung eines Sparkommissars für die Stadt Altena	16
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1766	
	– Ergänzender Bericht durch MDgt Johannes Winkel (MIK)	16
	– Diskussion	16
7	Lässt das Innenministerium Kommunen in die bilanzielle Überschuldung schlittern?	22
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1781	
	– Ergänzender Bericht durch MDgt Johannes Winkel (MIK)	22
	– Diskussion	23
8	Videoüberwachung transparent und nachvollziehbar gestalten: Ein öffentliches Register für Videoüberwachungskameras in Nordrhein-Westfalen einführen	30
	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/5280	
	Der Punkt wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt und soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.	

9 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze 31Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden AFKJ pflichtig zu beteiligen. Die abschließende Beschäftigung mit dem Gesetzentwurf will der Ausschuss am 09.05.2014 vornehmen.

10 Sozialarbeitern in Schulen den Rücken stärken und Präventionsketten erhalten 32Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5289

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, vor einer weiteren Befassung mit dem Thema diesen gemeinsamen Antrag abzuwarten.

11 Verschiedenes 33**Nächste Sitzungen: 33****6. Mai 2014 (14:00 Uhr, Anhörung)****7. Mai 2014 (10:00 Uhr, Anhörung)****9. Mai 2014 (10:00 Uhr, Beratungssitzung)**

9 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

Vorsitzender Christian Dahm merkt vorab dazu an, der Ausschuss sei dazu mitberatend tätig. Die Federführung liege im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Der AFKJ habe beschlossen, zu dem Gesetzentwurf am 30. April 2014 eine umfangreiche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen und die Beratung am 28.05.2014 abzuschließen. Hier gehe es um das Beteiligungsverfahren.

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden AFKJ pflichtig zu beteiligen. Die abschließende Beschäftigung mit dem Gesetzentwurf will der Ausschuss am 09.05.2014 vornehmen.

